

Bürger gesichert. Daß mit dieser dem ehrlichen Bürger gebührenden persönlichen Sicherheit zugleich Landstreichern, Dieben, Gaunern und andern Gestirnen, gegen die polizeilichen Verfolgungen Vorschub geleistet ist, ist leider wahr. In dem alten Polizeistaate wurden dergleichen Leute überall, wo man sie fand, von der Polizei aufgegriffen, freilich oft mit Verletzung aller Rechtsformen. Das geht nun nicht mehr. Sofern sie nicht auf einem Verbrechen ergriffen werden, mögen sie sonst noch so verdächtig sein, darf die Polizei sie nicht verhaften ohne richterlichen Befehl. An Orten wo kein Gericht ist, wird die Herbeischaffung gerichtlichen Verhaftsbefehls diesen Leuten Zeit genug lassen, weiter zu spazieren und den Behörden das leere Nachsehen zu lassen. Diesem Uebelstande wird dadurch nicht genügend abgeholfen, daß nachgelassen ist, daß der mit Gründen versehene richterliche Verhaftsbefehl nicht gleich bei der Verhaftung, sondern erst binnen 24 Stunden vorgelegt zu werden braucht, daß also die Polizei auf Grund einer vom Richter vorläufig nur mündlich erteilten Erlaubniß eine Verhaftung vornehmen kann. — Dem Untersuchungsarreste legte man bisher einen doppelten Zweck unter. Es sollte dadurch verhindert werden, daß der Angeschuldigte sich nicht auf flüchtigen Fuß setze, um der Strafe zu entgehen, dann auch, durch Verdunkelung der Wahrheit die Untersuchung vereiteln. Dieser letzte Grund kann die Verhaftung offenbar nicht rechtfertigen. Der erstere Zweck ist bei minder schweren Vergehen, welche mit Geldbuße und geringer Freiheitsstrafe geahndet werden, durch Cautionen zu erreichen. Bei andern Verbrechen, auf welche schwere Freiheitsstrafen gesetzt sind, würden Cautionen nicht hinlängliche Sicherheit gewähren, weshalb in diesen Fällen der Untersuchungsarrest beibehalten ist. — Fortsetzung folgt.

### Bekanntmachung.

Die Anmeldung derjenigen jungen Leute, die als Cadetten in die deutsche Kriegs-Marine aufgenommen zu werden wünschen, gehen in großer Zahl ein, daß nur ein sehr kleiner Theil derselben wird berücksichtigt werden können. Viele derselben haben indeß, ohne nur einen Bescheid abzuwarten, sofort ihre dormalige Laufbahn aufgegeben und ihre Studien eingestellt, als ob mit ihrer Anmeldung zugleich ihre Annahme in den Seedienst schon erfolgt wäre. Da dies keineswegs der Fall ist, so wird hiermit öffentlich gewarnt vor jenem voreiligen Verfahren, welches in den meisten Fällen nur bittere Enttäuschungen zur Folge haben kann.

Frankfurt, 1. März 1849.

Reichs-Ministerium des Handels; Abtheilung für die Marine.  
Der Minister Duckwitz. Zaier.

### Deutschland.

**Münster, 5. März.** Nachmittags 1 Uhr. Bei den so eben beendigten Ersahwahlen für die 2. Kammer wurden gewählt: 1) der Justiz-Commisair Thüßling aus Warendorf (mit 202 Stimmen); — 2) der Lieutenant a. D. Casparj (mit 200 Stimmen). — Der Gegenkandidat Schulze Hobbelsink zu Ascheberg erhielt 120 resp. 126 Stimmen. Die Anzahl der Stimmberechtigten betrug 337.

**Münster, 6. März.** Bei der gestern Nachmittags stattgefundenen Ersahwahl für die deutsche Nationalversammlung zu Frankfurt wurden gewählt: der Ober-Landesgerichts-Assessor Brockhausen in Warendorf zum Deputirten (mit 68 Stimmen von 112); der Banquier Ferd. Theißing zum Stellvertreter (mit 64 Stimmen von 103).

**C Berlin, 6. März.** (Kammer-Verhandlungen.) Am Sonnabend den 3. hielt die erste Kammer keine Sitzung. Die zweite Kammer setzte die Wahlprüfungen fort. Bemerkenswerth bei denselben ist der von den polnischen Abgeordneten durch den Grafen Gieszkowsky gegen die Abgrenzung der Wahlbezirke im Großherzogthum Posen, verbunden mit einem Proteste gegen die Demarcationslinie, erhobene Einspruch.

Die Wahlen der Posener Abgeordneten Seeger, Naumann und v. Winterfeld wurden heftig angegriffen, schließlich aber für gültig erklärt. Einen Angriff auf das Ministerium, welchen der Abg. Grün machte, erwiderte der Minister v. Manteuffel sehr kaltblütig mit der Aeußerung, es werde ihm niemals einfallen, mit dem geehrten Abgeordneten auf dem Gebiete der Grammatik zu polemischen. Der Schluß der Sitzung erfolgte um 2 Uhr.

Sitzung der zweiten Kammer am Montag, den 5. März. Die auf der Tagesordnung noch stehenden Wahlprüfungen nehmen so viel Zeit fort, daß, obgleich die Sitzung bis gegen 3 Uhr währte, die Kammer doch noch nicht zu ihrer Constatuirung kam. Diese soll erst morgen erfolgen. Die Wahlen, welche heute den meisten Widerspruch erlitten, waren die der Abg. Grebel und v. Küpper; dem Letzteren warf man Bestechung vor, weil er zu Gunsten der Armen seines Kreises auf seine Diäten verzichtet hatte, und außerdem vom deutschen Verein in Wirßig (für welchen Kreis Herr v. Küpper gewählt worden) für Hinschaffung armer Wahlmänner nach dem Wahlorte gesorgt worden war. Beide Wahlen wurden indeß für gültig erklärt. Im Ganzen sind bis jetzt die Wahlen von 312 Abgeordneten geprüft worden.

**C Berlin, 6. März.** Die hiesigen Zeitungen enthalten einen Seebrief hinter den Calculator Praetisch. Wie sich herausstellt, hat derselbe aus der von ihm verwalteten Kasse der Hofkammer des verstorbenen Prinzen August von Preußen eine bedeutende Geldsumme entwendet. Es liegt der Verdacht vor, daß Praetisch dies Geld namentlich dazu verbraucht habe, im November eine Gewehrfabrik für die republikanische Parthei zu begründen.

Das conservative Programm, welches ein Privatcomite von Abgeordneten unter Leitung des Herrn v. Vincke aufgestellt, hat in der zweiten Kammer jetzt über 160 Unterschriften gefunden.

Die Linke der zweiten Kammer hat nach der letzten gemeinen Prägelei bei Jaroschewitz ihre Privatitzungen in die neue Conversationshalle am Dönhofsplatz verlegt. Das Lokal hat deshalb neuerdings den Namen „Oppositionshalle“ erhalten.

Das Kammergericht hat mehrere hier anwesende Abgeordnete, die der aufgelösten National-Versammlung angehörten, und am Steuerungsverweigerungsbeschuß Theil genommen hatten, zur gerichtlichen Vernehmung vorladen lassen. Namentlich ist dies dem Abg. Kracktrügge begegnet, die Betheiligten haben der Vorladung jedoch keine Folge geleistet.

Die Linke hat den demokratischen Central-Ausschuß in Köthen beauftragt, einen Aufruf an das deutsche Volk mit der Mahnung zu erlassen: das Volk möge eiligst Freischaaen für Ungarn bilden und bei den Ungarn nachholen, was es in Wien versäumt habe. —

— Die Polnischen Abgeordneten halten noch immer gesonderte Privatversammlungen. Vielfach deshalb von der Oppositionspartei angegriffen, haben sie erklärt, daß sie in allen politischen Partheifragen unbedingt mit der Linken stimmen würden.

Der hiesige Central-Verein für das Wohl der arbeitenden Klassen wird am 4. April eine General-Versammlung seiner sämmtlichen Mitglieder halten.

— Am 1. April soll die Reorganisation der hiesigen Bürgerwehr beginnen. Aus dem eigentlichen Handwerkerstande werden sich wenige freiwillige Theilnehmer finden, indem hier nach den Erfahrungen des letzten Sommers die allgemeinste Abneigung gegen das ganze Institut vorherrschend ist. Die Petition wegen Aufhebung des Bürgerwehr-Instituts findet in Berlin noch immer zahlreiche Unterschriften. Auch aus den Provinzen laufen vielfache Eingaben gleicher Tendenz ein, neuerdings sogar eine aus dem radikalen Königsberg.

Die Polnischen Abgeordneten haben in ihren Partheiversammlungen ein Programm aufgestellt, an dessen Spitze als Hauptbedingung die Wiederherstellung des polnischen Reiches ausgesprochen ist. —

Am nächsten Donnerstag wird der König über sämmtliche hier garnisonirende Truppen eine Parade auf dem Kreuzberge abhalten. Wegen der zu großen Masse der Truppen kann die Parade, wie ursprünglich beabsichtigt war, unter den Linden nicht stattfinden.

— Der radikale Abgeordnete der National-Versammlung, Professor Rees von Esenbeck, ist auf die Weisung des geistlichen Ministeriums aus Bernau, wo er sich seither aufhielt, auf seinen Lehrstuhl in Breslau zurückgekehrt. Der Herr Professor hatte als Grund für seinen Aufenthalt in Bernau eine Krankheit angegeben, hielt daselbst aber häufige Volksversammlungen und vermittelte den Verkehr der hiesigen Demokraten mit der Provinz. Um dem Mißbrauch zu steuern, stellte ihm der Minister die Alternative, entweder seinen Abschied zu nehmen, oder sein so lange leichtfertig versäumtes Amt fortzuführen. —

Der Staats-Anzeiger enthält die Mittheilung, daß die Reorganisation der Gerichte zu der früher bestimmten Zeit vor sich gehen werde. (1sten April).

In Stelle des bereits im vorigen Monat abgereisten Herrn Arago ist Herr de Larde zum französischen Gesandten am hiesigen Hofe ernannt worden.

**Berlin, 5. März.** Heute hatten wir wieder einmal eine Straßendemonstration. Ein großer Arbeiterzug, Maurer, die ihre Arbeit eingestellt haben, bewegte sich durch die Königsstraße nach dem Rathhause, um dem Magistrat ihre Anliegen vorzutragen. Der Tagelohn, welcher den Maurern im Sommer v. J. auf 25. Sg. erhöht wurde, ist jetzt auf 20 bis 22 1/2 herabgesetzt worden, die früher auf die Zeit von 6 Uhr Morgens bis 6 Uhr Abends reducirte Arbeitszeit soll jetzt von 5 Uhr Morgens bis 7 Uhr Abends verlängert werden. Die Maurer haben in Folge dessen die Arbeit eingestellt. Auch die Eingänge zur zweiten Kammer boten heute einen Anblick, der von dem des Schauspielhauses in den Tagen der weiland National-Versammlung wenig verschieden war. Daß dergleichen in einer in Belagerungszustand erklärten Stadt vorkommen kann, würde man nicht glauben, wenn man es nicht mit eigenen Augen sähe.

**Berlin, 5. März.** Daß unsere Gardien Berlin verlassen und an die mecklenburgischen Grenzen rücken werden, scheint jetzt sicher und eben so sicher, daß die pommerische Landwehr nach Berlin einberufen werden wird, um die durch den Ausmarsch der Gardien entstehende Lücke in der hiesigen Garnison auszufüllen. Die königl. Prinzen, welche Chefs von General-Commandos sind, sollen, wie es heißt, in Kürze Berlin gleichfalls verlassen, um in den Provinzialstädten, welche der Sitz des ihnen untergebenen General-Commandos sind, ihren Aufenthalt zu nehmen. Alles dies und noch manche andere Umstände